

### Editorial



Elmar Conrads-Hassel  
stellv. Landesvorsitzender der Liberalen  
Senioren NRW

Der LiS-Landesvorstand NRW ist glücklich, dass sich das Jahr seit der letzten Mitgliederversammlung im März 2018 so gut für die Liberalen Senioren in unserem Bundesland entwickelt hat. Neben den zahlreichen Veranstaltungen, die in dieser Zeit wieder von den verschiedenen Regionalgruppen durchgeführt wurden – in diesem Zusammenhang und ohne dass ich irgendwelche Aktivitäten hintanstelle, möchte ich exemplarisch die Regionalgruppe um Frau Beate Kopp in Kaarst nennen, die monatlich offene Treffen, Vorträge oder Besichtigungen der Liberalen Senioren organisiert – freuen wir uns sehr über die Neugründung von Regionalgruppen in Dormagen und Heiligenhaus sowie die „Wiederbelebung“ der Regionalgruppe Bonn Rhein-Sieg. Damit einher geht ein kleiner, aber stetiger Mitgliederzuwachs, der unsere Position als wichtiger LiS-Landesverband innerhalb der bundesweiten LiS-Familie weiter stärkt. Erwähnenswert ist noch die einvernehmliche Entscheidung des LiS-Landesvorstands, mit mir als „LiS-Spitzenkandidaten“ die besondere Bedeutung der diesjährigen Europawahl deutlich zu machen. Wir ältere Liberale haben die großartigen Erfolge, aber auch die Rückschläge und immer wieder Neuanfänge in der EU hautnah miterlebt. Deshalb sind wir besonders glaubhaft in der Auseinandersetzung gegen die Europagegner von links und rechts. Und da ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger 60 Jahre und älter sind, können wir diese Wählerinnen und Wähler in Deutschland am authentischsten für die „liberale Sache“ gewinnen.

## Seniorenwohnungen: Nicht bezahlbar, nicht genug - für die Alten sieht es düster aus

Experten sind sich einig: Wohnen im Alter könnte in Deutschland schon sehr bald für sehr viele Senioren zum Problem werden. Die Renten sind klein, die Mieten hoch, für altersgerechte Umbauten fehlt das Geld.

Eine altersgerechte und bezahlbare Wohnung - das könnte bald für Millionen Rentner zum Problem werden: Darin sind sich Wirtschaftsforscher, Sozialexperten und die Bauwirtschaft einig. Denn die geburtenstarken Jahrgänge gehen demnächst in Rente. „Eine ganze Generation mit deutlich niedrigeren Renten trifft dann auf steigende Wohnkosten“, sagte Matthias Günther vom Pestel-Institut in Hannover. „Deutschland steuert sehenden Auges auf die „Graue Wohnungsnot“ zu“.

### Für viele Rentner ist es schwer, die Miete zu bezahlen

„Nur fünf Prozent aller Älteren leben in altersgerechten Wohnungen“, sagte Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, der Deutschen Presseagentur. Schon heute sei es für viele Rentner schwer, steigende Mieten zu zahlen. „Schon jetzt ist die Hälfte der 592.000 Wohngeldbezieher älter als 65.“

Die Zahl der Senioren wird aber von heute knapp 18 Millionen bis zum Jahr 2040 auf etwa 24 Millionen steigen - und diese werden von deutlich weniger Rente leben müssen, wie das Pestel-Institut in seiner am Montag veröffentlichten Studie vorrechnet. Der Anteil der Senioren, die ergänzende Grundversicherung zum Lebensunterhalt brauchen, dürfte von heute 3 Pro-

zent auf über 25 Prozent steigen. Kurz: Jedem vierten Rentner droht Altersarmut.

### Jeder Neunte lebt heute in „überbelegter“ Wohnung

Ein Senior wohnt heute im Durchschnitt auf 59 Quadratmetern, ein durchschnittlicher Bundesbürger auf 46 Quadratmetern. Dabei geht es in den Städten eng zu: Jeder neunte Einwohner dort lebe in einer überbelegten Wohnung, teilte das Statistische Bundesamt am Montag mit. Überbelegt heißt zum Beispiel, dass sich drei Kinder ein Kinderzimmer teilen oder Eltern das Wohnzimmer auch als Schlafzimmer nutzen.

Viele Senioren aber bleiben weiter in der vertrauten Wohnung, auch wenn die Kinder ausgezogen sind und der Partner verstorben ist. Gerade in Groß- und Universitätsstädten aber seien sie es, die „am stärksten unter Mietsteigerungen ächzen“, sagte Ulrich Ropertz vom Deutschen Mieterbund. Eine einfache Lösung scheint also der Umzug in eine kleinere Wohnung zu sein.

Nur, wohin umziehen? Oft „scheitert das an den Mietkosten. In der Regel finden sie keine kleinere Wohnung für eine niedrigere Miete“, sagte Günther. „Und wer sich seine bisherige Mietwohnung nicht mehr leisten kann, wird gerade in

den teuren Städten häufig gezwungen sein, nicht nur die Wohnung zu wechseln, sondern mit der Wohnung auch den Wohnort.“

### Alte Menschen hängen an ihrer Wohnung

Mit einzelnen Projekten und Hilfen versuchten kommunale, private und genossenschaftliche Wohnungsträger, Rentnern einen Umzug im Ort schmackhaft zu machen - in Elbgemeinden, in Berlin, in Nordrhein-Westfalen. Wichtig sei, dass die kleinere Wohnung tatsächlich günstiger ist, sagte Ropertz. Aber „das Echo ist sehr zögerlich“. Denn alte Menschen „hängen oft an der Wohnung, in der sie Jahrzehnte gelebt haben, an der Umgebung, wo sie verankert sind“.

Eine andere Lösung sehen die Wirtschaftsforscher vom Pestel-Institut in Wohngemeinschaften, um sich die Kosten zu teilen. Auch für Ropertz eine Möglichkeit: „Aber viele scheuen sich, fremde Menschen in der Wohnung aufzunehmen.“

### Altersgerechter Umbau ist kaum bezahlbar

Nicht nur die Miete, sondern auch ein altersgerechter Umbau der Wohnung wird für eine wachsende Zahl von Rentnern kaum bezahlbar sein. Zahlt der Vermieter, kann er die Kosten als Modernisierung auf die Miete umlegen. Ein Aufzug im Haus kann da teuer werden.

Im Schnitt kostet es, eine Wohnung barrierearm umzubauen, heißt es in der Pestel-Studie. Wenn die Senioren dann weniger unfallgefährdet wohnen und länger zuhause leben können, mache sich das aber rasch auch für die Gesellschaft bezahlt: Ein Platz im Pflegeheim koste pro Jahr 8500 Euro mehr als eine ambulante Pflege.

### Drei Millionen Wohnungen müssten umgebaut werden

Bundesweit müssten bis 2030 drei Millionen Wohnungen zusätzlich altersgerecht neu oder umgebaut werden, sagte Günther. Das koste

50 Milliarden Euro. Mit staatlichen Zuschüssen von 6 Milliarden Euro ließe sich das stemmen.

Vdk, Mieterbund und Bauwirtschaft stoßen hier ins gleiche Horn. „Mehr öffentliche Förderung für altersgerechte Wohnungen ist alternativlos“, sagte Ropertz. „Das ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Aber die Politik sei zögerlich.

Der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel, der die Studie in Auftrag gab und sie mit Günther auf der BAU-Messe in München vorstellte, hofft auf Aufträge. VdK-Präsidentin Bentele fordert von der Bundesregierung, die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau drastisch zu erhöhen und „mit Auflagen zum Um- und Neubau von barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum“ zu verbinden.

Aus der Pestel-Studie

### Straßenbaubeiträge - quo vadis?

Straßenbaubeiträge sind keine Erschließungskosten. Es handelt sich hier um die Kosten grundlegender Erneuerungsmaßnahmen von Bestandteilen der Verkehrsinfrastruktur, die bspw. von den Kommunen in NRW dadurch finanziert werden, dass der Kostenaufwand auf die Straßenanlieger umgelegt wird.

Je nach den landesspezifischen Rechtsvorschriften (Kommunalabgabengesetz – KAG) steht es im Ermessen der Kommunen, die Kosten für solche Maßnahmen – wie Ersterschließungsaufwand – auf die Anlieger durch Beitragsbescheid umzulegen.

Unabhängig davon, dass die Länder Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg die Straßenbaubeiträge abgeschafft haben, werden sie in den übrigen Bundesländern noch erhoben. Eine bundeseinheitliche (Neu-) Regelung ist derzeit nicht in Sicht.

Allein jedoch zu fordern, die Möglichkeit der Erhebung von Stra-

ßenbaubeiträgen abzuschaffen, ist nicht zielführend. Die zum „Zweitausbau“ führenden Ursachen sind langfristig zu bekämpfen. Hierzu gehören insbesondere die – teilweise - mangelnden Möglichkeiten der einzelnen Kommunen, ihr Straßennetz instand zu halten. Eine Kommune im Nothaushalt oder im Stärkungspakt kann hier weitaus weniger Mittel bereitstellen als eine Kommune, deren Haushalt nicht von finanziellen Zwangsmaßnahmen eingeschränkt ist. Wenn sich dann mangels notwendiger Instandhaltungsmaßnahmen der Zustand der verkehrsmäßigen Infrastruktur Jahr für Jahr verschlechtert und final ein Zweitausbau erforderlich wird, geht es wiederum um die Frage der Finanzierung. Werden Straßenbaubeiträge bei den Anliegern erhoben, ist die Kommune nur mit 10-30% zusätzlichen Kreditaufnahmen belastet. Werden die Beiträge nicht erhoben, sind die Kosten von der Kommune in vollem Umfang zu finanzieren und Erhöhungen der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern) bleiben nicht aus.

In dieser Situation danach zu rufen, dass „das Land“ die Kosten übernimmt (wie bspw. der Bund der Steuerzahler) ist einfach, verstößt jedoch m.E. gegen das Gleichheitsprinzip. Kommunen, die ihrer Instandhaltungsaufgabe nachkommen, mussten das Land nicht in Anspruch nehmen, Kommunen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihren Instandhaltungsaufgaben nicht nachkommen und die Infrastruktur „vergammeln“ lassen, werden dann vom Land mit einer (Teil-) Kostenübernahme „belohnt“.

Die Diskussion hier ist vielfältig. Ich werde Sie weiterhin an dieser Stelle informiert halten.

Ihr Heinz K. Hadamik

### Straßenbaubeitrag abschaffen

Es gibt vier gute Gründe, die Straßenbaubeiträge abzuschaffen, denn Sie sind nicht gerecht. Der wirtschaftliche Vorteil den die Grundstückseigentümer durch den

Straßenbau haben, ist nicht wirklich messbar. Sie nehmen keine Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Grundstückseigentümer. Außerdem variieren sie von Kommune zu Kommune, je nachdem, welchen Verteilungsmaßstab die Straßenbaubeitrags-satzungen vorsehen.

Ein Argument ist, und das ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Kommunen Straßen verfallen lassen und erneuern sie erst dann aufwändig, wenn die notwendigen Maßnahmen beitragsfähig werden. Wenn ein neues Baugebiet erschlossen wird, wird kaum ein Bauherr sich weigern, die Anliegerkosten zu tragen. Wenn es sich um eine Straße handelt, die in erster Linie von Anliegern befahren wird, ist der Verschleiß der Straße auch sehr gering und es werden in Jahrzehnten keine Schäden entstehen, die eine Erneuerung erfordern.

Sollte es sich aber um eine viel befahrene, eventuell sogar Durchgangsstraße mit Schwerlastverkehr handeln, so kann die Reparatur und ggf. Erneuerung der Straße nicht auf die Anlieger abgewälzt werden.

Bayern z. B. hat die Straßenbaubeiträge abgeschafft, Baden-Württemberg hatte sie noch nie, Rheinland-Pfalz hat sie wiederkehrend, und Schleswig-Holstein überlässt die Entscheidung seinen Kommunen, ob sie Straßenbaubeiträge erheben werden.

Man liest auch immer wieder, dass die Anlieger bei einer Erneuerung der Straße finanziell überfordert werden. Da sollen sie plötzlich 10.000 € und mehr als Straßenausbaubeiträge zahlen. Oft sind sie überhaupt nicht in die Planung eingebunden und haben kein Mitspracherecht, in welchem Umfang die Straße saniert werden soll.

So hat die Landesregierung von CDU und FDP einen eigenen Antrag „Straßenbaubeiträge bürgerfreundlich gestalten“ vorgelegt als Antwort auf die Initiative der SPD, die Straßenbau-beiträge abzuschaffen.

Es wäre in meinen Augen wünschenswert, wenn die Volksinitiative des Steuerzahlerbundes „Straßenbaubeitrag abschaffen“ Früchte trägt und die Landesregierung sich mit dem Thema befassen muss. Die NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach hat angekündigt, dass noch im Frühjahr 2019 ein Gesetzentwurf vorgelegt werden will.

Warten wir ab, ob die Straßenbaubeiträge abgeschafft werden, oder eine bürgerfreundliche Regelung mit Härtefall-Regelungen und Bürgerbeteiligung in dem Gesetzentwurf stehen werden.

Eva Fielitz

## Informativer Besuch des WDR Funkhauses Düsseldorf

Eine große Gruppe von 25 aktiven Liberalen Senioren aus Kaarst, Korschenbroich und Neuss besuchten auf Initiative von Beate Kopp das WDR Funkhaus Düsseldorf.

Das attraktive Gebäude in bester Lage - direkt neben dem Rheinturm und dem Landtag - wurde bereits 1991 erbaut und bietet Platz für 350 Arbeitsplätze und für jede Menge Technik. Dennoch wird im Zuge einer weiteren Zentralisierung die erfolgreichste TV-Sendung des WDR die Aktuelle Stunde Ende 2019 nach Köln ins WDR Funkhaus verlegt, um Kosten einzusparen und die internen Kommunikationsprozesse zu verkürzen. „Rundfunk, Fernsehen und Internet wachsen immer stärker zusammen und erfordern eine Beschleunigung in der Abstimmung, um Qualität und Aktualität kontinuierlich zu sichern“ so berichtete Herr Neumann, Mitarbeiter des WDR Besuchsservices.

In einem 15minütigen Informationsfilm erfuhren die Besucher, dass der Tag im Funkhaus sehr früh beginnt und erst sehr spät abends endet.



Wir wurden zu einer Empore geführt, von der wir einen guten Blick auf das TV-Studio der Aktuellen Stunde hatten. Wir hatten das Glück, den Dreh eines Interviews von Frank Plasberg mit Christine Westermann zu beobachten. Dabei konnten wir feststellen, dass die Produktion einer TV-Sendung echte Teamarbeit ist und mindestens rund 30 Mitarbeiter dazu nötig sind. Überwältigend ist auch die Studioteknik: zahlreiche Scheinwerfer, die in einem Labyrinth von der Decke herabhängend die Akteure auf der Bühne ausleuchten.

Für das Klima bzw. die Raumluft in dem TV-Studio sind zwei „Elefantenfüße“, wie die beiden riesigen Klimageräte genannt werden, nötig.

Als besonderes Highlight wurde uns anschließend gestattet, den Regieraum für die Lokalzeit zu betreten. Imposant zu sehen: die Monitorwand.

Mit großem Respekt vor der professionellen Leistung werden wir zukünftig sowohl die Radioprogramme als auch die TV-Sendungen des WDR verfolgen.

Beate Kopp

## LSV sieht neue digitale Ticket-Systeme kritisch

„Die schöne neue digitale Welt hat hilfreiche Seiten, aber ebenso auch Aspekte, bei denen man frühzeitig Vor- und Nachteile abwägen sollte“. Für Gaby Schnell, die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) gehört dazu auch das Thema „Ticket-Systeme“ im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Preisnachlässe für Fahrgäste, die statt der Papier-Fahrkarte ein Handy-Ticket nutzen, oder konkret geplante Ein- und Ausstiegserfassung via Handy-App, sorgen für Unruhe und Diskussion in den Reihen der kommunalen Seniorenvertretungen.

Die LSV hat aufgrund eines entsprechenden Antrags der Seniorenvertretung Remscheid bei der LSV-Mitgliederversammlung im Frühjahr beschlossen, sich für die Gleichbehandlung von Papier- und elektronischen Tickets einzusetzen. Die inzwischen für Anfang 2019 vorgesehenen Preisnachlässe beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) von bis zu zehn Prozent beim Erwerb von Tickets mit Smartphones seien eine ungerechte Bevorzugung dieses Vertriebsweges und nicht gerechtfertigt. Dabei denken die Seniorenvertreter nicht allein an alte Menschen ohne Handy, sondern durchaus auch an jene, die einem Zugriff des Ticketsystems auf ihr Smartphone kritisch gegenüber stehen.

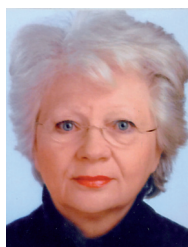
„Diese Sorgen haben sich jetzt noch verstärkt, denn drei große Verkehrsverbände in NRW planen ein noch weiter digitalisiertes Bezahl-System“, so Gaby Schnell. Hier sollen via Handy-App und Ortungssystem der Ein- und Ausstieg des jeweiligen Fahrgastes erfasst („Check-in/Be-out“) und seine Fahrtstrecken dann am Monatsende in Rechnung gestellt werden. Auf welche Funktionen des Handys dafür zugegriffen werden müsse und welche Informationen letztlich gespeichert würden, bleibe trotz aller Sicherheits- und Datenschutzversprechen zumindest des Nachdenkens wert, so der Vorstand der LSV.

Er teilt deshalb die Bedenken der Seniorenvertretungen in den Einzugsbereichen von Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL), Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR), die ganz konkret ab 2020 planen, ein solches System einzuführen. „Das Argument der Unternehmen, neue Fahrgäste dadurch zu gewinnen, dass die sich nicht mehr mit Tarifen und Tickets beschäftigen müssten, sollte man kritisch hinterfragen und Vor- und Nachteile nachdrücklich abwägen“, so Gaby Schnell.

Vorsitzende der  
Landesseniorenvertretung NRW

## Neue Ortsgruppe der Liberalen Senioren NRW

Ansprechpartnerin für Dormagen ist Monika Degen.



„Selbst Seniorin bewegen mich die Ziele und Themen der LiS in besonderer Weise. Mich hierfür einzusetzen ist mir ein Anliegen, weswegen ich die Aufgabe der Ansprechpartnerin in Dormagen sehr gerne übernommen habe. Ich freue mich, dass ich mit der Gründung der Dormagener Ortsgruppe gleich mehrere Mitstreiter gefunden habe, die den liberalen Gedanken ebenso teilen wie ich selbst“, erklärte Degen ihre Beweggründe. „Natürlich sind weitere Mitglieder herzlich willkommen“, ergänzte sie. Auch der Stadtverband der FDP Dormagen begrüßt die Gründung der Ortsgruppe. „Dass wir in Dormagen nun neben den Jungen Liberalen für die jüngere Generation auch eine liberale Interessenvertretung haben, die sich für die Senioreneinsetzt, begrüße ich sehr. Mit Monika

Degen hat sich eine engagierte Ansprechpartnerin für die Ortsgruppe gefunden, die beherzt für ihre Themen und die ältere Generation eintritt. Ein wirklicher Gewinn für die Dormagener Seniorinnen und Senioren“, zeigt sich Dirk Rosellen, Stadtverbandsvorsitzender der FDP Dormagen, hoch erfreut. Kontakt: Tel. 02133/81223 E-Mail degen-frese@t-online.de

## Wie entsteht eine neue Ortsgruppe der Liberalen Senioren?

Diese Frage wurde mir vor etwa zwei Jahren gestellt, weil ich nach 25 Jahren Ratsmitgliedschaft, davon 20 Jahre als Fraktionsvorsitzender, als jemand angesehen wurde, der die liberalen Wurzeln noch in sich trägt und diese auch noch gerne weitergibt.

Nachdem ich diese Frage für mich positiv beschieden hatte, überlegten wir (Volker Ebel, mein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender, Detlef Parr, mein Vorgänger als Fraktionsvorsitzender und Bundesvorsitzender der Liberalen Senioren) die weitere Vorgehensweise. Es war klar, dass das Programm eine Mischung aus politischer Information, Senienthemen, allgemeinen interessanten Themen, lockerer Kommunikation (verbunden mit gemütlichem Essen) und dem einen oder anderen Ausflug sein müsste.

Unsere Zielgruppe waren unsere Altliberalen, Bekannte und Freunde aus unserem Umfeld und diejenigen, die sich durch den Begriff der Liberalen Senioren angesprochen fühlen.

Dass unsere umgesetzten Vorstellungen nicht ganz falsch sein können, zeigt sich daran, dass wir nach nunmehr zwei Jahren einen Stamm von ca. 25 Personen im Alter zwischen 55 und 92 Jahren haben, von denen zu meist 15-20 an den Veranstaltungen teilnehmen. Wir haben uns auf diesen Veranstaltungsmix mit ca. sechs Veranstaltungen pro Jahr verständigt.

### Impressum:

Sprachrohr – Mitgliederzeitung der LIBERALEN SENIOREN NRW

Wird von den Liberalen Senioren NRW herausgegeben.

Anschrift: Liberale Senioren NRW, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf

Tel: 0211-497090 · Fax: 0211-4970950

Email: info@liberale-senioren-nrw.de · www.liberale-senioren-nrw.de

Erscheinungsweise: unregelmäßig

Redaktion: Elmar Conrads-Hassel, Max Marnet, Manfred Todtenhausen MdB, Volkmar Schrimpf

Druck: flyeralarm

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Autoren sind im Sinne des Presserechts für den Inhalt selbst verantwortlich. Nachdruck von Beiträgen aus dem Sprachrohr gegen Quellenangabe und Belegexemplar ist kostenfrei gestattet.